

UVEK  
Generalsekretariat  
Kochergasse 10  
3003 Bern

Bern, 16. Juni 2008

## **Stellungnahme zur Totalrevision der Postgesetzgebung**

---

Sehr geehrter Herr Bundesrat Leuenberger  
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit, zur Totalrevision der Postgesetzgebung Stellung nehmen zu können, danken wir Ihnen bestens.

### **1. Grundsatz**

Die SKS begrüsst Marktliberalisierungen, welche den Wettbewerb ankurbeln und den Konsumentinnen und Konsumenten eine grössere Angebotsvielfalt und tiefere Preise bescheren. Die vorgeschlagene Postmarktliberalisierung hat aus Sicht der SKS diese positiven Auswirkungen nicht. Daher lehnt die SKS die vorgeschlagene Postmarktliberalisierung – Senkung des Briefpostmonopols auf 50 Gramm und Abschaffung des Briefpostmonopols – ab.

Es besteht aus Konsumentensicht keine wirtschaftliche Notwendigkeit einer Liberalisierung des Postmarktes. Die Qualität ist bereits gut. Angesichts des Postgewinns könnten die Preise jetzt schon gesenkt werden. Die Aufhebung des Briefpostmonopols wird höchstens Grossunternehmen etwas bringen.

Die neuen Wettbewerber auf den geöffneten Märkten würden profitable Nischen besetzen. Es ist zu befürchten, dass die Anliegen der Konsumentinnen und Konsumenten sowie diejenigen der Randregionen mit einer Senkung oder Aufhebung des Briefpostmonopols vernachlässigt würden. Ebenso besteht die Gefahr, dass die Steuerzahlenden vermehrt für die Finanzierung der Grundversorgung aufzukommen hätten (mit dem vorgesehenen dreistufigen Konzept zur Finanzierung der Grundversorgung).

Die SKS unterstützt die sanfte Fortentwicklung des bisherigen Konzepts der Post. Dabei muss sich die Post stärker auf die Bedürfnisse der Konsumentinnen und Konsumenten ausrichten. Dazu zählt für uns beispielsweise das Anbieten von Finanzdienstleistungen als Alternative zu den Banken. Ein weiterer Schritt sind Tarifsenkungen, denn der Gewinn der Post soll den Konsumentinnen und Konsumenten zugute kommen.

Wenn eine Liberalisierung beschlossen wird, ist es zwingend, dass die Grundversorgung sichergestellt und ein starker Regulator eingesetzt werden.

## 2. Fragenkatalog

### ***Frage 1: Sind Sie grundsätzlich mit einer weiteren Marktöffnung einverstanden?***

Nein. Die SKS lehnt eine weitere Marktöffnung ab. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden davon nicht profitieren. Im Gegenteil, es sind Nachteile zu erwarten: Der Markt wird vorwiegend in städtischen Gebieten spielen, wie die Erfahrungen aus Schweden zeigen.

### ***Frage 2: Sind Sie mit dem vom Bundesrat vorgeschlagenen Konzept der weiteren Marktöffnungsschritte einverstanden (Geschwindigkeit und Zuständigkeit)?***

Nein. Die SKS sieht überhaupt keine Notwendigkeit, derart rasch den Postmarkt zu liberalisieren. Erst am 1. April 2006 wurde das Briefpostmonopol auf 100 Gramm gesenkt. Die Auswirkungen dieses Schrittes sind erst umfassend zu begutachten.

### ***Frage 3: Sind Sie mit dem Inhalt der Grundversorgung einverstanden?***

Die Grundversorgung muss im Postgesetz festgehalten werden. Die SKS unterstützt dabei die heutige Definition.

**Frage 4: Sind Sie mit der Steuerung der Grundversorgung einverstanden?**

Die SKS bevorzugt einen gesetzlichen Auftrag an die Post – für die beiden Dienstleistungen Postdienste und Zahlungsverkehr gemeinsam.

**Frage 5: Sind Sie mit der Finanzierung der Grundversorgung einverstanden (Dreistufiges Konzept: Selbsttragende Preise, Fonds, staatliche Beiträge)?**

Die SKS erachtet das Monopol als bestes Instrument, um die Grundversorgung zu finanzieren. Dies zeigt die heutige Praxis. Das vorgeschlagene Konzept der dreistufigen Finanzierung hingegen überzeugt uns nicht. Damit besteht die Gefahr, dass auch die Staatskasse über Gebühr belastet werden kann.

**Frage 6: Soll sich die Post Ihrer Meinung nach gemäss Szenario 1 («Tiefes Kostenniveau der Post») oder Szenario 2 («Hohes Kostenniveau der Post») der Studie Plaut/Frontier weiterentwickeln?**

Die SKS erwartet auch von der Post als Unternehmen, dass es die nötigen Schritte einleitet, um auf die Marktbedürfnisse einzugehen und keine roten Zahlen zu schreiben. Diese Schritte richten sich aber nicht auf dasselbe Ziel wie dasjenige eines privaten Unternehmens aus (Gewinnmaximierung), sondern haben verschiedene Bedürfnisse zu erfüllen (z.B. Berücksichtigung der Randregionen). Daher favorisieren wir Szenario 2 anstelle einer steten Senkung der Kosten um jeden Preis (z.B. Schliessung weiterer Poststellen). Für uns geht dies einher mit einer Plafonierung der Kosten. Dass die Post einen Gewinn machen konnte, veranschaulicht, dass eine forcierte Kostensenkung betriebswirtschaftlich gar nicht nötig ist.

**Frage 7: Sind Sie mit dem Konzept der Marktordnung einverstanden (Meldepflicht, branchenübliche Arbeitsbedingungen, gleiche Rahmenbedingungen für alle Anbieterinnen)?**

Nein. Die Meldepflicht muss unbedingt für alle Anbieterinnen gelten. Wir lehnen eine Ausnahme für Betriebe ab, welche keine «ökonomische Bedeutung» haben – wie es das UVEK will.

Nein. Im Gesetz muss festgeschrieben werden, dass es einen Branchen-GAV geben muss. Ansonsten droht eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Ja. Die Rahmenbedingungen sollten für alle Anbieter gleich sein.

**Frage 8: Sind Sie mit dem Vorschlag über den Zugang einverstanden oder erachten Sie einen Zugang zu den Sortier- und Infrastruktur der Post als erwünscht?**

In einem Netzmarkt macht es ökonomisch keinen Sinn, mehrere Infrastrukturen aufzustellen. Leider teilt das UVEK diese Sichtweise nur für die Postfächer und die Adressdatenbanken, wo es den Zugang öffnen will. Die SKS verlangt auch den Zugang zu den Sortier- und Zustellinfrastrukturen. Auch deren Erstellung ist kostenintensiv und damit volkswirtschaftlich nachteilig.

Auf jeden Fall ist – wie die Debatte um die Liberalisierung der letzten Meile im Telekommunikationsbereich zeigt – der Zugang klar zu regulieren, da eine Einigung unter den Anbietern schwierig zu erzielen ist.

**Frage 9: Sind Sie mit dem Aufsichtskonzept (Organisation und Kompetenzen der PostCom) einverstanden?**

Für die SKS ist klar: Eine Liberalisierung bedarf unbedingt eines starken Regulators, in diesem Fall der PostCom. Konkret heisst dies, dass die Regulationsbehörde unabhängig sein muss, über Entscheidungs- und Sanktionsbefugnis verfügt und die für effektives Handeln nötigen Ressourcen hat.

Im Entwurf unklar ist die Frage der Kompetenz über die Posttarife. Für die administrierten Preise und die Preise marktmächtiger Unternehmen des privaten und des öffentlichen Rechts ist der Preisüberwacher zuständig. Hingegen ist er nicht zuständig für die Preise nicht-marktmächtiger Anbieter und damit nicht für die Preise der neuen Mitbewerber im liberalisierten Postmarkt. Dies ist unbefriedigend und führt zu keiner effektiven Preiskontrolle. Für die SKS ist daher klar, dass die PostCom für die gesamte Preisübersicht im liberalisierten Postmarkt zuständig sein muss.

Die SKS ist der Ansicht, dass die Konsumentinnen und Konsumenten Einsitz in der PostCom haben sollen.

**Frage 10: Sind Sie mit der vorgesehenen Organisationsform der Post (spezialgesetzliche Aktiengesellschaft) einverstanden oder bevorzugen Sie die Umwandlung in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft?**

Die SKS verlangt, dass die Post ein Regiebetrieb der Eidgenossenschaft bleiben soll. Eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft öffnet die Türe für die Privatisierung der Post. Weiter ist eine Aktiengesellschaft darauf ausgerichtet, die Bedürfnisse ihrer Aktionäre zu befriedigen, d.h.

Gewinn zu machen. Die SKS stellt sich hingegen eine andere Entwicklung für die Post vor („Szenario 2“ bei Frage 6).

**Frage 11: Sind Sie mit der Unterstellung der Arbeitsverhältnisse der Post unter das Obligationenrecht einverstanden?**

Diese Frage erübrigt sich angesichts unserer Antwort zu Frage 10, da sich mit der Beibehaltung der Post als Regiebetrieb nichts an den Arbeitsverhältnissen ändern würde. Wenn die Post dennoch in eine Aktiengesellschaft überführt wird, ist für uns unabdingbar, dass ein Branchen-GAV vom Gesetzgeber festgeschrieben wird.

**Frage 12: Sind Sie mit der Formulierung des Zweckartikels (Art. 3 E-POG) einverstanden (Beschränkung auf die heutigen Tätigkeiten insbesondere im Bereich Finanztätigkeit der Post)?**

Die SKS möchte der Post eine Banklizenz zugestehen. Damit könnte sie auch Kredit- und Hypothekengeschäfte abwickeln, ohne über einen Intermediär (heute hauptsächlich die UBS) zu gelangen. Damit hätte die Post mehr Handlungsspielraum. Ebenso könnte es zu einer Belebung des entsprechenden Marktes führen. Im Gegenzug verlangen wir, dass die Post Zahlungen mit allen Debitkarten (nicht nur der Postcard) erlaubt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen  
STIFTUNG FÜR KONSUMENTENSCHUTZ

sig.

Sara Stalder  
Geschäftsleiterin

sig.

Andreas Tschöpe  
Politischer Fachsekretär